

Berücksichtigung der sozialen und materiellen Situation der Bewohner - zur Aufrechterhaltung eines hohen kommunalen Investitionsniveaus wird somit zur entscheidenden Herausforderung.

- \* Der *Finanzausgleich* bestimmt weitgehend den Finanzierungsspielraum für die Aufgaben der Gemeinden. Für Wien wäre etwa die Abdeckung jener Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich ("Spillover-Effekte") zu diskutieren, die derzeit aus dem Wiener Budget für andere Bundesländer aufgebracht werden. Neben dem Sozial- und Gesundheitsbereich wären auch die enormen Kosten der Gemeinde Wien, die ihr im Bildungs- und Verkehrsbereich (z.B. Pendlerproblematik) jährlich erwachsen, zu berücksichtigen.
- \* Die Kammer für Arbeiter und Angestellte ist sich sehr wohl bewußt, daß die Spielräume sowohl auf der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite des Wiener Budgets als relativ eng eingeschätzt werden müssen. So erscheint es nicht zuletzt aufgrund neu zu setzender Schwerpunkte in der Zukunft unumgänglich, neue "*Rationalisierungsreserven*" zu erschließen. Dabei bietet sich eine Reorganisation der Aufgaben, vor allem aber der traditionellen Verwaltung, an. Die Modernisierung der Verwaltung muß somit immer noch als eine der wichtigsten Herausforderungen für die neunziger Jahre gesehen werden.
- \* Nach wie vor muß man von einer *mangelnder Transparenz der Rechnungsabschlüsse* sprechen. So sind insbesondere im Bereich der Leistungen und der Gebühren (z.B. Kalkulation der Gebühren etc.) konkrete Daten nur schwer zu extrahieren, wodurch auch eine Analyse der Verteilungswirkungen des Wiener Budgets in diesen Bereichen erschwert wird.

### **3.2 Forderungen an die Gemeinde Wien als wichtigsten kommunalen Arbeitgeber**

Die beschäftigungspolitischen Handlungsspielräume der Gemeinde Wien sind zweifellos begrenzt. Trotzdem sollte die Gemeinde ihre Rolle als wichtigster kommunaler Arbeitgeber zumindest soweit an beschäftigungspolitischen Erfordernissen ausrichten, als dies auch einigermaßen finanzierbar ist. Ansatzpunkte dafür liegen etwa in

- \* der *Beseitigung der Überstundenarbeit* als ersten Schritt zu einer Arbeitszeitverkürzung (Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft);
- \* einer generellen *Aufwertung der Lehrlingsausbildung* in den verschiedenen kommunalen Magistratsdienststellen. Hier sollten die Lehrlinge nicht nur im Stadtgartenamt, sondern überwiegend in innovativen Sektoren der kommunalen Wirtschaft (z.B. Umweltbereich, Technologiebereich etc.) ausgebildet werden. Letztendlich müßte die Gemeinde in der Lehrlingsausbildung eine ähnlich dominante Rolle wie die ehemalige verstaatlichte Industrie einnehmen.
- \* der bevorzugten Einstellung von am Wiener Arbeitsmarkt *benachteiligten Personen* (Einstellung von Behinderten, Langzeitarbeitslosen etc.).